

# Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise

**Verena Fabris und Martin Schenk**

*„Österreich ist auf dem Weg in die Zwei-Drittel-Demokratie“, warnten die Teilnehmer\*innen der österreichweiten Armutskonferenz in Salzburg. Ökonomische Ungleichheit beeinträchtigt das Vertrauen in die Demokratie und behindert politische Partizipation. „Mit meiner Stimme kann ich bei Wahlen die Zukunft Österreichs mitbestimmen“ – dem können 50 Prozent des stärksten ökonomischen Drittels zustimmen, aber nur 28 Prozent des schwächsten. Und: Nur die Hälfte des ökonomisch ärmsten Drittels geht wählen, aber 80 Prozent des reichsten Drittels (SORA 2019). Insgesamt gilt: Je mehr die soziale Schere in einem Land auseinandergeht, desto höher ist das Misstrauen und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Soziale Ungleichheit beschädigt das Ansehen der Demokratie und behindert Mitbestimmung.*

Die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel hat den Eindruck, ihre Stimme zählt nicht. Kein Wunder. Das ökonomisch schwächste Drittel ist im Parlament nicht vertreten. Die gesetzlichen Maßnahmen tendieren dazu, das ärmste Drittel zu übersehen oder ihm zu schaden: Die Abschaffung der Mindestsicherung brachte Kürzungen und nachteilige Regelungen für Menschen mit Behinderungen, pflegende Angehörige, Kinder, Familien und Wohnungslose. Seit Jahren fehlen zehntausende leistbare Therapieplätze für Kinder und chronisch Kranke. Die Arbeitsmarktpolitik für ältere Langzeitarbeitslose pendelt zwischen unsicherer „Aktion 20.000“ und angedrohter Abschaffung der Notstandshilfe. Das österreichische Schulsystem weist eine im internationalen Vergleich hohe soziale Vererbung auf. Leistbares Wohnen in Städten ist ein wachsendes Problem für Menschen mit kleinerem Einkommen. Die ärmsten 166.000 Kinder haben vom Familienbonus nichts. Prekarität und Working Poor gehören weiterhin zum großen verschwiegenen Thema hinter der Mindestsicherung: In 57 Prozent der Familien mit Kindern in der Mindestsicherung hat zumindest ein Familienmitglied eine bezahlte Beschäftigung. Henriette Gschwendtner, engagiert in der Plattform Armutsbetroffener *Sichtbar Werden* und Interessensvertreterin bei *Exit Sozial*, sagt, was zurzeit brennt: „Es gibt viel zu wenig Therapieplätze für Menschen mit chronischen Erkrankungen. Alleinerziehende Mütter können die immer höher steigenden Mieten nicht mehr

zahlen. Oder wenn jemand in einer teilbetreuten WG wohnt, geht sich das mit der gekürzten Mindestsicherung und dem Wohnkostenbeitrag nicht mehr aus. Würde mich nicht wundern, wenn da viele in die Obdachlosigkeit abrutschen.“ Was Gschwendtner sich von einer Demokratie erwartet: „Politiker müssen uns mehr zuhören und unseren Alltag ernst nehmen. Nicht drüberfahren und uns ignorieren.“ Silvia Gangl, die sich wie Henriette Gschwendtner in der Plattform Sichtbar Werden engagiert, bestärkt ihre Kollegin: „Demokratie bedeutet mitbestimmen und mitgestalten können. Aber dazu muss man auch ernst genommen werden, egal ob man viel Geld hat, ob man kein Geld hat, ob man krank ist, ob man gesund ist, ob man alt ist, ob man jung ist, dick, dünn, welche Hautfarbe, ethnische Abstammung, religiöse Ausrichtung gleichwertig.“

Mit den einer Person zur Verfügung stehenden sozioökonomischen Ressourcen steigt die Wahrscheinlichkeit politischer Partizipation. Der Anteil der Personen, die sich an Demokratie und Politik über Wahlen und darüber hinaus beteiligen, beträgt beim ökonomisch schwächsten Drittel nur 55 Prozent, beim stärksten aber rund 80 Prozent (SORA 2019). Soziale Ungleichheit schließt also aus. Für eine aktive Beteiligung am politischen Geschehen sind Ressourcen notwendig. Neben verfügbarer Zeit geht es dabei um Wissen und Information, also um Bildung, vor allem aber auch um finanzielle Ressourcen. Personen, die ihre materielle Absicherung für die Zukunft als schlecht einschätzen, partizipieren sehr viel seltener als solche, die sich als materiell gut abgesichert empfinden.

## Stimmen gegen Armut hörbar und sichtbar machen

Bei Verwaltungsreform und Demokratiepaket dürfen diejenigen nicht vergessen werden, die eine gute Verwaltung und gleichen Zugang zum Recht – egal ob arm oder reich – am meisten brauchen. Die Armutskonferenz schlägt hier „Modelle von Arbeitslosenanzwaltschaften“ vor, die bereits in Oberösterreich und Wien ausgearbeitet wurden, oder „client councils“ auf den Ämtern, wie wir sie aus den Niederlanden kennen. Entscheidend ist auch, dass Beteiligungsmöglichkeiten institutionalisiert werden, z.B. in Form von regelmäßigen Einladungen von Menschen mit Armutserfahrungen ins Parlament. Für eine bessere Bürger\*innen-Beteiligung müssen mit neuen Partizipationsprojekten besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen eingebunden werden. Sie können Einblicke und Lösungen erbringen, an die vorher nicht gedacht wurde. Eine „Sozialverträglichkeitsprüfung“ gesetzlicher Maßnahmen sollte genauso bedacht werden wie Modelle eines „Health Impact Assessment“, wie sie in Neuseeland praktiziert werden.

Die Armutskonferenz fordert das Parlament auf, den im Regierungsprogramm vermerkten „Unterausschuss Armutsbekämpfung“ einzusetzen. Dort können die Stimmen gegen Armut hör- und sichtbar werden. Weiters erwartet sich die Armutskonferenz vom Sozialministerium eine Budgetierung und Umsetzung der im Regierungsprogramm vermerkten Punkte, die Armut potentiell bekämpfen.

Schöne Wort machen nicht satt und helfen nicht gegen die drohende Zwei-Drittel-Demokratie. Das gilt insbesondere für folgende Punkte: Sensibilisierungsstrategie im Umgang mit Minderheiten und Menschen am Rand / frühe Hilfen österreichweit ausbauen und finanzieren / Therapien voll übernehmen / Unterhalt mit Familienbeihilfe verlängern / Kinder- und Jugendhilfe länger als bis zum vollendeten 18. Lebensjahr / niederschwellige Familienberatungsangebote ausbauen / Chancenindex an Schulen / soziale Grundrechte stärken und in der Verfassung verankern.

Damit die Stimmen von Armutsbetroffenen und anderen Personen, die von demokratischen Prozessen ausgeschlossen sind, gehört werden und schließlich auch zählen, braucht es die Kritik an Institutionen und Herrschaftsstrukturen sowie die grundlegende Bereitschaft, vorherrschende Strukturen zu überdenken, um die Demokratie weiterzuentwickeln – auch abseits der Formen repräsentativer Demokratie. Ellen Bareis (siehe Beitrag in diesem Band, S. 27) schlägt vor, die Perspektive „from below“ einzunehmen und den Alltag der Menschen mit ihren Erfahrungen und ihrer „moralischen Ökonomie“ (Edward P. Thompson 1971) in den Mittelpunkt zu stellen. Um diese Perspektive einzunehmen, sei es hilfreich, die Gesellschaft im Sinn von Nancy Fraser (1994) zu verstehen, als Terrain der Auseinandersetzung rivalisierender Interpretationen und Bedürfnisse – diese Sichtweise schließt die Bedürfnisse jener ein, die in der repräsentativen Demokratie „nicht gezählt“ werden.

*„Es geht konkret etwa um das Recht, sich nicht vertreiben zu lassen, das Recht, trotz Gentrifizierung in der Mitte des Quartiers zu bleiben, das Recht, wenn nötig Grenzen zu überschreiten, aus dem ländlichen Raum in die Metropole zu gehen oder in ein anderes Land, auf einen anderen Kontinent, sich trotz fehlender sozialer Rechte eine Gesundheitsversorgung oder eine Schulbildung für die Kinder zu organisieren, oder auch um das Recht, die Zusammenarbeit mit der Polizei (oder auch der Sozialen Arbeit) zu verweigern, um der permanenten Diskriminierung und den Stigmatisierungen etwas entgegenzustellen.“* (Bareis in diesem Band, S. 35)

## **Corona: Einkommen, Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung**

Eine Pandemie ist eigentlich immer eine „Syndemie“. Das Geschehen ist geprägt von Wechselwirkungen, von Verstärkungen zwischen sozialen, ökonomischen, psychischen und physischen Kräften. Die Auswirkungen auf die soziale Lage sind massiv: Für drei Viertel der unselbstständig Erwerbstätigen hat sich die Arbeitssituation seit dem Beginn der COVID-19-Maßnahmen verändert. Die Auswirkungen hängen stark von Ausbildungsgrad und Einkommen ab. Arbeitnehmer\*innen mit Pflichtschulabschluss sind am stärksten von Kurzarbeit und Kündigungen betroffen. Je höher das Einkommen, desto eher ist Arbeit im Homeoffice der Fall. Kurzarbeit ist umso wahrscheinlicher, je geringer das

Einkommen ist (Pichler 2020) Die Neuinfektionen in Postverteilerzentren und Schlachthöfen, bei Erntehelfer\*innen und Paketzusteller\*innen sind kein Zufall. Beengtes Wohnen, geringe Einkommen, schlechte und prekäre Jobs kommen da zusammen. Die Anzahl der Haushalte, die mit sehr wenig auskommen müssen, ist seit Beginn der Krise gestiegen (Kalleitner / Schiestl 2020). Die Anfragen nach Mindestsicherung steigen, besonders die „Hilfen in besonderen Lebenslagen“.

Die Schuldenberatungen befürchten Insolvenzen und Überschuldung, wenn die Stundungen bei Krediten oder Mieten auslaufen. Arbeitslosigkeit bzw. Einkommensreduktion war mit 30 Prozent der mit Abstand häufigste Überschuldungsgrund im letzten Jahr. 35 Prozent der Klient\*innen waren arbeitslos, 26 Prozent hatten nicht mehr Einkommen als das Existenzminimum zur Verfügung. Schulden aus ehemaliger Selbstständigkeit waren mit 22 Prozent der am zweithäufigsten genannte Überschuldungsgrund (ASB Schuldnerberatungen 2020).

Zu Beginn des Lockdowns waren Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen, mittlerweile verlieren mehr Frauen ihren Job. Bei den Jungen geht eine riesige Lehrstellenlücke auf. Insgesamt erlebten junge Erwachsene im Alter von 25 bis 34 Jahren Mitte April sehr rasch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit; die Gruppe der 25- bis 29-Jährigen war zudem überdurchschnittlich oft in Kurzarbeit. Die finanziellen Einschnitte in der Teilgruppe der 25- bis 29-Jährigen sind weiter zu beobachten.

Aufgrund von beengten Wohnverhältnissen haben viele Ärmere schlechtere Bedingungen für eine häusliche Quarantäne bzw. in Phasen von Ausgangsbeschränkungen. Oft müssen sich mehrere Personen ein Zimmer teilen. Kinder in Mindestsicherung leiden unter feuchten Wohnungen (27 Prozent), Überbelag (58 Prozent) oder dunklen Räumen (17 Prozent). Von den 1,3 Millionen Kindern im Alter von 0 bis 14 Jahren leben in Österreich 215.500 in beengten Wohnverhältnissen. Das sind 17,1 Prozent aller 0- bis 14-Jährigen. Rechnet man noch die 15- bis 18-Jährigen hinzu, sind 261.100 Kinder bzw. 16,2 Prozent aller 0 bis 18-Jährigen von Wohnungsenge betroffen (Die Armutskonferenz 2019).

## Corona, Care-Arbeit und Frauenarmut

In der Corona-Pandemie wurde wie durch ein Brennglas sichtbar, was wir schon lange wissen: Arbeiten im Gesundheitssektor, in der Elementarbildung und in der Pflege von Angehörigen werden mehrheitlich von Frauen geleistet – schlecht bezahlt oder auch noch immer unbezahlt. Die Ökonomin Katharina Mader erklärt in einem Interview mit Gabriele Horak in der feministischen Zeitschrift *an.schläge*, warum das so ist: „Typischerweise sind gerade die Pflege Tätigkeiten im Gesundheitssystem weibliche Tätigkeiten, und sie sind in einem Prozess der Kommodifizierung, also des „Zur-Ware-Werdens“ von unbezahlter Arbeit von Frauen in den eigenen Haushalten entstanden. In diesem Sinne ist die Bewertung und Anerkennung dieser Berufe ganz stark mit der Bewertung von unbezahlten Tätigkeiten verbunden.“ (Horak 2020). Ein Grund für die mangelnde An-

erkenntnis dieser Tätigkeiten – sowohl was ihren gesellschaftlichen Stellenwert betrifft als auch die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen – ist also die tief verwurzelte Annahme, dass Frauen diese auch zuhause machen könnten.

Dass Armut und soziale Ungleichheit die Demokratie gefährden, haben mittlerweile zahlreiche Studien belegt (siehe auch Beitrag Zandonella in diesem Band, S. 83). Dass Armut und soziale Ungleichheit nicht geschlechtsneutral sind, wird in vielen dieser Studien jedoch zu wenig sichtbar. Um die Schere zwischen Reich und Arm nachhaltig zu schließen, ist es notwendig den Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu lenken.

Linda Scott, emeritierte Ökonomin an der Universität Oxford, zeigt in ihrem Buch „Das weibliche Kapital“ eindrücklich auf, dass die Gleichstellung von Frauen ein wesentlicher Aspekt in der Armutsbekämpfung ist. Sie bezeichnet Frauen in einem ZEIT-Interview mit Viola Diem als „die größte Unterschicht der Welt“ (Diem 2020). Die ökonomische Benachteiligung von Frauen ist weltweit zu beobachten und wird mit den strukturell gleichen Mechanismen aufrechterhalten. Sie umfasst nicht nur Arbeit und Löhne, sondern auch Kapital und Märkte. In ihrem Buch stellt Linda Scott die These auf, dass eine Gleichstellung von Frauen Grundlage für Wohlstand für alle wäre und liefert dafür auch empirische Belege: Länder, in denen Frauen mehrheitlich zuhause unbezahlte Arbeit leisten, zählen zu den ärmsten der Welt. Länder hingegen, in denen Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt und das Wirtschaftsleben inkludiert sind, erzielen die höchsten Pro-Kopf-Einkommen.

## Corona psychosozial: Schlaf und Einsamkeit

Der Schlaf ist ein guter Indikator für Stress und Belastung, ein Brückenkopf zwischen innen und außen. Arbeitslose Personen und Menschen mit geringem Einkommen schlafen am schlechtesten im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen. Pensionist\*innen, denen man am ehesten Schlafprobleme zuschreiben würde, schlafen in Corona-Zeiten besser als Personen mit Existenzsorgen. In Großbritannien, einem der Vergleichsländer des Austrian Corona Panels (2020), ist die Schlafqualität während der Corona-Krise allgemein viel schlechter als in Österreich. Das deutet auf unterschiedliche Wahrnehmung und Realitäten sozialer Sicherheit hin. Wie prekär ist meine ökonomische Situation? Wie tief falle ich bei Arbeitslosigkeit und Krise? Großbritannien hat in den letzten Jahrzehnten viel stärkere Einschnitte im Sozialen getätigt und weist einen weit prekäreren Arbeitsmarkt als Österreich auf. Die Verhältnisse gehen unter die Haut und schneiden sich in die Körper.

Je einsamer sich die Befragten fühlen, desto schlechter schlafen sie. Unfreiwillige Einsamkeit (loneliness) macht krank und belastet unseren Alltag. Wir sprechen hier nicht vom selbst gewählten Alleinsein (solitude), das uns im Fasten oder Schweigen Kraft gibt. Wenn die Freiheit fehlt, über Nähe und Distanz selbst entscheiden zu können, dann kommt es zu Problemen – sei es, dass zu viel

Nähe in beengten und überbelegten Wohnungen die Autonomie verletzt oder zu wenig an Nähe Menschen sozial isoliert. In den Niederlanden wird aktuell wörtlich übersetzt von „Hauthunger“ gesprochen. Es geht bei sozialer Nähe immer auch um den Körper. In Österreich haben sich Arbeitslose, Schüler\*innen und Studierende in der Corona-Krise am häufigsten einsam gefühlt (Pinkert / Schiestl 2020). Die empirischen Daten zeigen eine mehrfache Betroffenheit von jungen Leuten: sowohl was Einsamkeit angeht als auch in Bezug auf Einkommensverlust, Arbeitslosigkeit und Lehrstellenlücke.

In Österreich sagen 17 Prozent, dass sie im Ernstfall auf niemanden zählen können. Dass also niemand da ist, wenn man Hilfe braucht. Dass die Welt fremd geworden ist für einen selbst. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum. „Den meisten kann man vertrauen. Stimmt das?“, fragt die Statistik Austria. Am wenigsten „Ja“ darauf antworten können diejenigen, die schlechte Jobs haben, die unter der Armutsgrenze leben, die am sozialen Rand stehen. Und: In Ländern, in denen die soziale Schere zwischen Arm und Reich aufgeht, ist die Zustimmung geringer – und zwar bei allen.

## Soziales Fieberthermometer

„Da war ein Fenster offen und eine Geigerin spielt, irrsinnig schön, also Mozart und Bach. Dann waren immer mehr Leute, sie wollte schon aufhören. Eine Freundin von mir hat gesagt, bitte nicht aufhören, bitte noch eins spielen. Zu Hause ist alles still und zu Hause wartet niemand auf mich und zu Hause bin ich allein. Und sie hat dann noch gespielt, also mir sind total die Tränen gekommen.“ Das erzählt eine Frau aus Graz. Sie spricht über die Corona-Zeit. Sie lebt unter der Armutsgrenze. Eine Studie der Armutskonferenz hat jetzt ihre Stimme und die Stimmen vieler anderer hörbar gemacht (Dawid 2020). Armutsbetroffene und Armutgefährdete, Leiharbeiter\*innen und Ich-AGs, prekäre Künstler\*innen, Leute mit Mindestsicherung und Notstandshilfe, Alleinerziehende, Reisebegleiter\*innen und eine Marktfahrerin sprachen über ihr Leben in der Corona-Krise.

Was ausschließlich Armutsbetroffene aufgrund der engen Haushaltsbudgets spürten, war die geringfügige, aber stetige Preissteigerung bei Lebensmitteln, vor allem Obst und Gemüse, aber auch bei Versandhandel und Gastronomie. Armutsbetroffene weisen hier ein geschärftes Sensorium auf, weil sie aufgrund ihrer ausgesetzten Position in der Gesellschaft schon kleine Veränderungen am eigenen Leib zu spüren bekommen (ebd.: 19ff.). Von Armut Betroffene sind eine so verletzbare Gruppe, dass jeder Euro mehr, den man ausgeben muss, für eine Existenzkrise sorgen kann. Sie sind eine Art soziales Fieberthermometer, an dem sich negative gesellschaftliche Entwicklungen, die später viele treffen, Monate vorab zeigen. Auch beginnende Beschämungs- und Spaltungstendenzen in der Gesellschaft – sprich: die Suche nach Sündenböcken – spüren sie schon früher.

Viele Armutsbetroffene gehen einer geringfügigen Beschäftigung nach und bessern dadurch Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder (Mindest-) Pension auf.

Die Geringfügigkeitsgrenze liegt bei 460,66 Euro – das ist viel Geld. Sie verloren ihre geringfügige Beschäftigung nach dem Lockdown und damit einen beträchtlichen Teil eines Einkommens, das so knapp ist, dass jeder Euro zählt. „Ich habe die ganzen Jahre über immer wieder mit kleinen Nebentätigkeiten ein bissl was dazu verdienen können, und dann bin ich wirklich zurückgeworfen worden auf diese 600 Euro. Was nämlich jetzt bei mir auch passiert ist: dass ich jetzt mehr Schulden angehäuft habe. Das sind keine großen Schulden, das ist dort einmal ein 50iger ausgeborgt, dort einmal einen 20er ausborgten. Nur irgendwann muss ich die zurückzahlen“ (ebd.: 20).

Die alte Normalität wird in der neuen umso mehr sichtbar. Wer vor dem März 2020 prekär oder gar irregulär gearbeitet hatte, konnte in den Wochen danach seinen bzw. ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft kaum noch bestreiten. Betrachtet man also Gruppen, die schon im Frühjahr 2020 nicht mehr wussten, wie sie ihr Leben bestreiten sollen, stößt man auf prekäre Verhältnisse aus den Zeiten der Normalität von vorher. Deswegen dürfen wir soziale Verwerfungen und Armut auch nicht „covidisieren“. Das heißt: Was gegen Armut vor Corona geholfen hat, hilft auch jetzt gegen Armut. Eine gute Mindestsicherung ist besser als eine schlechte Sozialhilfe; verfügbare Therapien, leistbares Wohnen oder gute Schulen für alle helfen jetzt wie davor. Was gegen die Schere zwischen Arm und Reich vor Corona erfolgreich war, ist es auch jetzt.

## Die Verteilung der Krisenkosten

Corona trifft die ökonomisch Ärmsten am Arbeitsmarkt, in Familien, als prekäre Ich-AGs oder als chronisch Kranke. Sie bräuchten besonderen Schutz, Sicherheit und entschiedene Maßnahmen zur Verringerung ihrer sozial prekären Situation. Es ist schon mehr als verwunderlich, dass Einkommensarme nicht von Beginn der Corona-Krise an als hoch verletzbare Gruppe eingestuft wurden. Da gäbe es zwei Handlungsperspektiven. Die eine dient dem gesundheitlichen Schutz von einkommensarmen und sozial benachteiligten Personengruppen: „Wirksamkeit des gesundheitlichen und sozialen Schutzes erhöhen und für alle sicherstellen“, wie es in den österreichischen Gesundheitszielen (2020) formuliert ist. Die andere muss die Verringerung negativer Auswirkungen der Krise auf das untere Einkommensdrittel im Blick haben: „soziale und gesundheitliche Ungleichheiten systematisch verringern.“

Wie die Kosten der Krise verteilt werden, entscheidet über mehr oder weniger Armut im nächsten Jahr. Wo Gefahr ist, wächst das Rettende nicht unbedingt. Der österreichische Notenbankchef hat von der Wirtschaftskrise „als Reinigung“ gesprochen und an das Konzept „schöpferischer Zerstörung“ erinnert. Sozialdarwinistische Phantasien und Ideen von der „Reinigung der Gesellschaft von Schwächeren“ werden jetzt wiederkommen, der Ausnahmezustand ist ein giftiges Labor für sozial-autoritäre Vorstellungen. Weil die Ansteckungsgefahr bei diesem Virus hoch ist, braucht es auch Prävention. Noch in jeder Pandemie der

Menschheitsgeschichte hat die Frage nach den „Schuldigen“ eine wesentliche Rolle für ihre Verarbeitung gespielt. Noch in jeder Seuchenzeit haben die sozial Randständigen und Minderheiten das größte Risiko getragen, als „Sündenböcke“ ausgewählt zu werden. Die soziale Ungleichheit wird in und nach Wirtschaftskrisen in der Regel größer, wie der renommierte britische Sozialwissenschaftler Tony Atkinson (Atkinson 2009) anhand von vierzig Wirtschaftskrisen beobachtet hat. Auf die Finanzkrise vor mehr als einem Jahrzehnt haben Staaten besser oder schlechter reagiert, Österreich wies in den meisten sozialökonomischen Indikatoren eine wesentlich bessere Performance auf als andere OECD-Länder nach 2008. Die Haushaltseinkommen blieben in Österreich insgesamt stabil. Einige Armutsindikatoren sinken seit 2008 – auf das Niveau von vor der Krise. Die langfristige Entwicklung seit 2004 zeigt zwar konstant hohe, aber keine ansteigenden Armutslagen (Statistik Austria 2020). Das ist sehr ungewöhnlich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten. Die Stärkung monetärer wie dienstleistungsorientierter Angebote stützt und schützt besonders die untere Mittelschicht. Ohne Sozial- und Dienstleistungen wären auch mittlere Haushalte massiv unter Druck und stark abstiegsgefährdet (Fessler / Schürz 2017). Sparpakete und Ausgabenkürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsektor hingegen belasten tendenziell die unteren Einkommen.

Die Interessen, den Sozialstaat zusammenzustutzen, das Gesundheitssystem für Profitinteressen zu verkaufen und öffentliche Infrastruktur zu streichen, sind aber weiterhin da. Mit Blick auf die wirtschaftlichen Daten der vergangenen zehn Jahre ist zu erkennen, welche fatale Folgen die europaweiten Kürzungspakete 2012 hatten. Die angebliche Therapie war eigentlich die Krankheit selbst, unter der viele Länder in Europa noch heute leiden. Wir sehen jetzt, dass die Corona-Krise in denjenigen Staaten zu den meisten Opfern führt, die infolge von Sparpaketen das Budget ihrer Gesundheitssysteme kürzen mussten wie Italien, Spanien oder auch Frankreich.

Die Sozialleistungen, die da meist gekürzt werden sollen, fließen übrigens eins zu eins in Konsum und Nachfrage – und diese Inlandsnachfrage ist das, was Klein- und Mittelbetriebe dringend brauchen werden. Das Gesundheits- und Sozialwesen war außerdem in den letzten 20 Jahren ein Jobmotor und hat nahezu doppelt so viele Arbeitsplätze geschaffen wie die Industrie. Dem Arbeitsmarkt nützt es gar nichts, wenn man das eine ausbaut und andere Bereiche des Sozialwesens zusammenkürzt. Wenn es wirtschaftlich wieder bergauf gehen soll, muss irgendjemand mehr Geld ausgeben als vorher. Die Nachfrage privater Haushalte wird sicherlich unzureichend sein, wenn man ihnen nicht mehr Einkommen in die Hand gibt. Die Unternehmen werden nicht genügend investieren, wenn es nicht mehr Nachfrage gibt. Die naive Vorstellung, sie würden ihre Investitionen hochfahren, wenn man sie von Abgaben entlastet, hat sich in den letzten 20 Jahren als Trugschluss erwiesen: Trotz zahlreicher Abgabenreduzierungen haben sie ihre Investitionsquoten nicht erhöht.

Wenn der Staat nicht gezielt gegen die ökonomische, soziale und gesund-

heitliche Ungleichheit vorgeht, die sich durch die Corona-Krise zuspitzt, wird sich der Spalt zwischen Arm und Reich noch vergrößern und werden sich unterschiedliche Dimensionen sozialer Ungleichheit verstärken. Jakob Kapeller (siehe Beitrag in diesem Band, S. 55) spricht von der Gefahr der „Refeudalisierung“ der Gesellschaft. Diese stellt zugleich eine Gefahr für die Demokratie dar. Denn wer sich zu den Verlierer\*innen zählt, wer sich nicht repräsentiert fühlt, wer keine Chance sieht, die Stimme zu erheben, der\*die beteiligt sich entweder gar nicht mehr an demokratischen Prozessen oder aber entscheidet sich für nicht-demokratische Alternativen, die autoritäre Lösungen für komplexe Problemlagen anbieten.

Wenn der öffentliche Sektor jetzt nicht investiert – am besten ins sozial und ökologisch Richtige – verschärft sich die Krise noch weiter. Nun die Messer zu wetzen, um später im Sozialbereich einzuschneiden, ist nicht nur blutig und gefährlich, sondern auch schädlich und dumm.

***Verena Fabris** arbeitet bei boJA, dem bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit, engagiert sich in feministischen und sozialpolitischen Zusammenhängen, u.a. in der Armutskonferenz.*

***Martin Schenk** ist Sozialexperte der Diakonie Österreich und Mitglied im Koordinationsteam der Armutskonferenz.*

### **Mögliche Quellenangabe**

Fabris, Verena / Schenk, Martin (2020): Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 247–256.

[www.armutskonferenz.at/files/fabris-schenk\\_forderungen-12-armutskonferenz\\_2020.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/fabris-schenk_forderungen-12-armutskonferenz_2020.pdf)

## **Literatur**

ASB Schuldnerberatungen (2020): Schuldenreport 2020. [https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/schuldenreport/asb\\_Schuldenreport2020.pdf?m=1587454366&](https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/schuldenreport/asb_Schuldenreport2020.pdf?m=1587454366&) [Zugriff: 24.10.2020].

Atkinson, Anthony (2009): Special Topic, Global Economy Lecture at the Austrian National Bank, 7th of May 2009.

Dawid, Evelyn (2020): Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus Sicht von Betroffenen. Wien. [http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz\\_erhebung\\_armutsbetroffene\\_corona-krise\\_2020.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/armutskonferenz_erhebung_armutsbetroffene_corona-krise_2020.pdf) [Zugriff:24.10.2020].

Die Armutskonferenz (2019): Lebensbedingungen – Menschen – Mindestsicherung. [http://www.armutskonferenz.at/files/lebensbedingungen\\_menschen\\_mindestsicherung\\_2019.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/lebensbedingungen_menschen_mindestsicherung_2019.pdf) [Zugriff: 24.10.2020].

- Diem, Viola (2020): „Frauen sind die größte Unterschicht der Welt“. In: Die Zeit, 40. <https://www.zeit.de/2020/40/frauenrechte-geschlechtergerechtigkeit-wirtschaft-ungleichheit-linda-scott> [Zugriff: 24.10.2020].
- Fessler, Pirmin / Schürz, Martin (2017): Zur Mitte in Österreich. In: Österreichischer Sozialbericht 2015–2016. Wien, S. 269–292.
- Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken: Macht, Diskurs, Geschlecht. Berlin: Suhrkamp.
- Horak, Gabriele (2020): Feministische Ökonomie gegen die Krise. In an.schläge III/2020. <https://anschlaege.at/feministische-oekonomie-gegen-die-krise/> [Zugriff: 24.10.2020].
- Kalleitner, Fabian / Schiestl, David W. (2020): Einkommenseinbußen in der Frühphase der Corona-Krise. <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog07/> [Zugriff: 24.10.2020].
- Österreichische Gesundheitsziele (2020): Gesundheitsziel 2: Chancengerechtigkeit. <https://gesundheitsziele-oesterreich.at/glossar/gesundheitsliche-chancengerechtigkeit/> [Zugriff: 24.10.2020].
- Pichler, Paul (2020): Von Kurzarbeit und Kündigungen sind sozial schwächere Personen am meisten betroffen: Die Arbeitssituation der Österreicher\*innen seit der Corona-Krise. <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog09/> [Zugriff: 24.10.2020].
- Pinkert, Felix / Schiestl, David W. (2020): Einsamkeit in der Corona Krise. <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog58/> [Zugriff: 24.10.2020].
- Scott, Linda (2020): Das weibliche Kapital. München: Hanser.
- SORA (2019): Österreichischer Demokratiemonitor. <https://www.demokratiemonitor.at/> [Zugriff: 24.10.2020].
- Statistik Austria (2020): Tabellenband EU SILC 2019. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. [https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET\\_PDF\\_FILE&dDocName=123283](https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&dDocName=123283) [Zugriff: 24.10.2020].
- Thompson, Edward P. (1971): The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century. In: Past and Present, 50, S. 76–136.

Der Artikel entstammt dem Buch

# STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung  
die Demokratie gefährden



  
DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von  
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,  
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,  
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

**BoD-Verlag**

# Inhaltsverzeichnis

Editorial

**Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung** 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,  
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

## EIN-STIMMUNG

**Armut als Störfaktor** 19

*Über die Entwertung von Betroffenen*

Laura Wiesböck

**Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie** 27

*Die Perspektive from below*

Ellen Bareis

**Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem** 41

*Ein Gespräch zum Buch*

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

**Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie** 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen  
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

**Postdemokratie** 71

*Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden*

Colin Crouch

**Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie** 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen  
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

## STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

### **Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat** 97

*Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft*

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

### **Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand** 107

*Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik*

Arno Pilgram

### **Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie** 115

Hannah-Maria Eberle

## STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

### **Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen** 131

*Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt*

Christine Unterrainer

Kommentar

### **Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung** 141

*Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit*

Wolfgang wodt Schmidt

### **Das Genossenschaftsprojekt OTELO** 145

*Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften*

Martin Hollinetz

### **Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein** 149

*Reinkommen statt ‚draußen sein‘*

Karl Immervoll

### **Digitalisierung inklusiv gestalten** 153

*Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter*

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
<b>Wenn Algorithmen für uns entscheiden</b>	<b>163</b>
Erich Tomandl	

## **STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE**

<b>Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein</b>	<b>167</b>
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

<b>„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“</b>	<b>177</b>
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

## **STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT**

<b>Gentrifizierung im öffentlichen Raum</b>	<b>183</b>
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

<b>Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen</b>	<b>193</b>
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
<b>Proteststimmen von unten</b>	<b>203</b>
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

## **LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!**

<b>Exklusive Demokratie</b>	<b>207</b>
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

**Wahlrecht für alle, die hier leben! 213**

*Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich*

Magdalena Stern

**STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG**

**Politik und Zufall 219**

*Wie es durch Bürger\*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren*

Michael Lederer

**Stimme(n) erheben 225**

*Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie*

Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl

**Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken 231**

Alban Knecht

**Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz 237**

*Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert\*innen neu formulieren*

Marianne Schulze

**Nutzer\*innen-Partizipation in sozialen Organisationen 241**

*Status Quo, Defizite, Perspektiven*

Michaela Moser

**STIMMEN GEGEN ARMUT!**

**Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise 247**

Verena Fabris und Martin Schenk

**DIE ARMUTSKONFERENZ. 257**

*Es ist genug für alle da!*

*Armut bekämpfen. Armut vermeiden.*

## Die 12. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von



 Bundesministerium  
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt  
Bundesministerin für Frauen,  
Familien und Jugend



# ALTERSARMUT STIRBT NICHT EINFACH AUS.

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,  
der für dich da ist, egal wie alt du bist.

WIR - GEMEINSAM.AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

# volkshilfe.

SPENDE  
JETZT!

## KINDERARMUT ABSCHAFFEN.AT

**Spendenkonto:**

IBAN AT77 6000 0000 0174 0400 | Verwendungszweck: Kinderarmut

**Online spenden unter:**

[www.kinderarmut-abschaffen.at](http://www.kinderarmut-abschaffen.at) | [spenden@volkshilfe.at](mailto:spenden@volkshilfe.at)



[www.diakonie.at](http://www.diakonie.at)

Jetzt spenden: AT07 2011 1800 8048 8500



# Diakonie



## Hoffnung braucht ein Ja.

Durch die Frühförderung der Diakonie hat Lili ihre Liebe zu Büchern und Musik entdeckt.

**Lili, Hoffnungsträgerin,  
von uns begleitet seit 2008**